

Diese Bekanntmachung auf der TED-Website: <http://ted.europa.eu/udl?uri=TED:NOTICE:299723-2017:TEXT:DE:HTML>

**Deutschland-Hallig Langeneß: Kommunikationsnetz  
2017/S 145-299723**

**Auftragsbekanntmachung**

**Dienstleistungen**

Richtlinie 2014/24/EU

**Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber**

I.1) **Name und Adressen**

Gemeinde Langeneß  
Ketelswarf 1  
Hallig Langeneß  
25863  
Deutschland  
Kontaktstelle(n): Frau Heike Hinrichsen  
Telefon: +49 4684/232  
E-Mail: [buergermeisterin@langeness.de](mailto:buergermeisterin@langeness.de)  
Fax: +49 04684/289  
NUTS-Code: DEF07  
**Internet-Adresse(n):**  
Hauptadresse: <https://www.langeness.de>

I.2) **Gemeinsame Beschaffung**

I.3) **Kommunikation**

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://langeness.de/gemeinde/verwaltung/ausschreibung-breitband>  
Weitere Auskünfte erteilen/erteilt folgende Kontaktstelle:  
Stadt Husum  
Zingel 10  
Husum  
25813  
Deutschland  
Kontaktstelle(n): Stadt Husum, zu Händen von: Frau Lena Clausen  
Telefon: +49 4841/666112  
E-Mail: [lana.clausen@husum.de](mailto:lana.clausen@husum.de)  
Fax: +49 4841/ 666100  
NUTS-Code: DEF07  
**Internet-Adresse(n):**  
Hauptadresse: <http://www.husum.de/>  
Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen an folgende Anschrift:  
Stadt Husum  
Zingel 10  
Husum

25813

Deutschland

Kontaktstelle(n): Stadt Husum, zu Händen von: Frau Lena Clausen

Telefon: +49 4841/666112

E-Mail: [lena.clausen@husum.de](mailto:lena.clausen@husum.de)

Fax: +49 4841/ 666100

NUTS-Code: DEF07

**Internet-Adresse(n):**

Hauptadresse: <http://www.husum.de/>

I.4) **Art des öffentlichen Auftraggebers**

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5) **Haupttätigkeit(en)**

Allgemeine öffentliche Verwaltung

**Abschnitt II: Gegenstand**

II.1) **Umfang der Beschaffung**

II.1.1) **Bezeichnung des Auftrags:**

Errichtung und Betrieb einer Next-Generation-Access (NGA) Breitbandinfrastruktur sowie des Angebots breitbandiger Telekommunikationsdienste in den unterversorgten Gebieten des Projektgebietes.

II.1.2) **CPV-Code Hauptteil**

32412000

II.1.3) **Art des Auftrags**

Dienstleistungen

II.1.4) **Kurze Beschreibung:**

Das Land Schleswig-Holstein hat die Förderung des Projektes in Aussicht gestellt. Die Förderung soll durch eine Investitionsbeihilfe im Rahmen der Wirtschaftlichkeitslückenförderung erfolgen. Die Umsetzung des Projektes erfolgt daher insbesondere auf Grundlage der Richtlinie zur Förderung der Breitbandversorgung in den ländlichen Räumen Schleswig-Holsteins vom 30.5.2017 (Breitbandrichtlinie).

II.1.5) **Geschätzter Gesamtwert**

Wert ohne MwSt.: 630 000.00 EUR

II.1.6) **Angaben zu den Losen**

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2) **Beschreibung**

II.2.1) **Bezeichnung des Auftrags:**

II.2.2) **Weitere(r) CPV-Code(s)**

32571000

II.2.3) **Erfüllungsort**

NUTS-Code: DEF07

Hauptort der Ausführung:

Die unterversorgten Warften im Projektgebiet. Die Übersichtskarte des Projektgebietes ist zu beachten (herunterzuladen unter: <https://langeness.de/gemeinde/verwaltung/ausschreibung-breitband>).

II.2.4) **Beschreibung der Beschaffung:**

Gegenstand der Vergabe ist der Bau und der Betrieb eines nachhaltigen sowie zukunfts- und hochleistungsfähigen Breitbandnetzes (NGA-Netzes) und die Erbringung von Endkundendienstleistungen in

unterversorgten Gebieten im Projektgebiet unter Gewährung einer Investitionsbeihilfe. Die Übersichtskarte des Projektgebietes ist zu beachten (herunterzuladen unter <https://langeness.de/gemeinde/verwaltung/ausschreibung-breitband>).

II.2.5) **Zuschlagskriterien**

Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind nur in den Beschaffungsunterlagen aufgeführt

II.2.6) **Geschätzter Wert**

Wert ohne MwSt.: 630 000.00 EUR

II.2.7) **Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems**

Laufzeit in Monaten: 84

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.9) **Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden**

Geplante Mindestzahl: 3

Höchstzahl: 5

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Sollte die Durchführung der Eignungsprüfung ergeben, dass mehr als 5 Bewerber die Eignungsvoraussetzungen (Ziffer III.1) erfüllen, so wird der Auftraggeber die Teilnahmeanträge anhand objektiver Kriterien bewerten. Die objektiven Kriterien einschließlich der jeweiligen Wichtung sind den Beschaffungsunterlagen (Begleitdokument zur Vergabe, Ziffer 6.3.1, herunterzuladen unter <https://langeness.de/gemeinde/verwaltung/ausschreibung-breitband>) zu entnehmen. Bei Punktegleichheit entscheidet das Los.

II.2.10) **Angaben über Varianten/Alternativangebote**

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11) **Angaben zu Optionen**

Optionen: nein

II.2.12) **Angaben zu elektronischen Katalogen**

II.2.13) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: ja

Projektnummer oder -referenz: ELER.

II.2.14) **Zusätzliche Angaben**

Die Ausschreibung erfolgt im Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb. Die interessierten Unternehmen müssen mit dem Teilnahmeantrag die vom öffentl. Auftraggeber geforderten Informationen für die Prüfung ihrer Eignung abgeben.

Nur diejenigen Unternehmen, die vom öffentlichen Auftraggeber nach Prüfung der übermittelten Informationen dazu aufgefordert werden, können ein Erstante abgeben.

**Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben**

III.1) **Teilnahmebedingungen**

III.1.1) **Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister**

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Bei Bietergemeinschaften sind die entsprechenden Nachweise von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft zu erbringen. Sofern Nachunternehmer zum Nachweis der eigenen Eignung benannt werden, sind auch für diese die entsprechenden Nachweise zu erbringen.

- a) Unternehmensprofil des Bewerbers (Dauer des Bestehens des Unternehmens, Rechtsform, gegenwärtige Anzahl sozialversicherungspflichtiger Arbeitnehmer und sonstiger Mitarbeiter);
- b) Auszug aus dem Berufs- oder Handelsregister, nicht älter als 3 Monate ab dem Tag der Veröffentlichung der Bekanntmachung;
- c) Nachweis über das Vorliegen einer Meldebestätigung nach § 6 Telekommunikationsgesetz (TKG);
- d) Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß § 123 und § 124 GWB bzw. im Fall des Vorliegens von Ausschlussgründen Eigenerklärung, ob und welche Maßnahme des Bewerbers zur Selbstreinigung nach § 125 GWB getroffen wurden (bereitgestelltes Formular);
- e) Verpflichtungserklärung zur Einhaltung der Mindestanforderungen, Mindest- und Tariflohn gemäß § 4 Tariftreue- und Vergabegesetz Schleswig-Holstein – TTG (bereitgestelltes Formular);
- f) Erklärung, dass die Voraussetzungen für eine Auftragsperre nicht vorliegen (bereitgestelltes Formular);
- g) Eigenerklärung, dass der Bewerber kein Unternehmen ist, das einer Rückforderungsanordnung aufgrund eines früheren Beschlusses der EU-Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt nicht nachgekommen ist (bereitgestelltes Formular „Erklärung zur Einhaltung der Vorgaben aus der Breitbandrichtlinie und den Nebenbestimmungen zur Breitbandrichtlinie“);
- h) Einverständniserklärung, dass alle im Zusammenhang mit der Förderung bekannt gewordenen Daten von der Bewilligungsstelle oder der von ihr beauftragten Stelle auf Datenträger gespeichert und von ihnen oder in ihrem Auftrag von wissenschaftlichen Einrichtungen oder Einrichtungen des Landes Schleswig-Holstein, des Bundes oder der Europäischen Union für Zwecke der Statistik und der Erfolgskontrolle über die Wirksamkeit des Förderprogramms ausgewertet und die Ergebnisse veröffentlicht werden (bereitgestelltes Formular „Erklärung zur Einhaltung der Vorgaben aus der Breitbandrichtlinie und den Nebenbestimmungen zur Breitbandrichtlinie“);
- i) Eigenerklärung darüber, dass sämtliche Erklärungen im Vergabeverfahren richtig sind und dem Bewerber bekannt ist, dass unrichtige Angaben, zu seinem Ausschluss von diesem und künftigen Vergabeverfahren, sowie zur fristlosen Kündigung eines etwa erteilten Auftrages wegen Verletzung einer vertraglichen Nebenpflicht aus wichtigem Grund führen und eine Meldung des Ausschlusses und der Ausschlussdauer an Informationsstellen, die entsprechende Vergaberegister führen, nach sich ziehen kann (bereitgestelltes Formular).

Der Bewerber hat auf Grundlage der zuvor genannten Anforderungen seine Eignung zur Teilnahme am Wettbewerb nachzuweisen. Der Auftraggeber behält sich vor, fehlende Unterlagen nachzufordern. Sofern Bewerber trotz entsprechender Nachforderung die geforderten Nachweise nicht vollständig einreichen, werden diese von dem weiteren Verfahren ausgeschlossen.

### III.1.2) **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Bei Bietergemeinschaften sind die entsprechenden Nachweise von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft zu erbringen. Sofern Nachunternehmer zum Nachweis der eigenen Eignung benannt werden, sind auch für diese die entsprechenden Nachweise zu erbringen.

- a) Eigenerklärung über den Gesamtumsatz des Unternehmens bezogen auf die letzten 3 Geschäftsjahre, sofern das Unternehmen bereits seit dieser Zeit besteht; Mindestvoraussetzung ist ein Mindestjahresumsatz im letzten Geschäftsjahr in Höhe von 500 000 EUR. Zum Nachweis des Gesamtumsatzes der letzten 3 Geschäftsjahre hat der Bieter die Eigenerklärung zum Umsatz vorzulegen,

- b) Eigenerklärung über den jeweils gesondert auszuweisenden Privat- und Geschäftskundenumsatz (brutto) der betroffenen Unternehmenssparte bezogen auf die letzten 3 Geschäftsjahre, sofern das Unternehmen bereits seit dieser Zeit besteht;
  - c) Eigenerklärung über die Entwicklung des Investitionsvolumens in den (Telekommunikations-)Netzinfrastrukturausbau (Bauumsatz brutto) bezogen auf die letzten 3 Geschäftsjahre, sofern das Unternehmen bereits seit dieser Zeit besteht;
  - d) Vorlage der Jahresabschlüsse bzgl. der letzten 3 Geschäftsjahre, sofern das Unternehmen bereits seit dieser Zeit besteht und falls deren Veröffentlichung in dem Land, in dem der Bewerber oder Bieter niedergelassen ist, gesetzlich vorgeschrieben ist;
  - e) Vorlage einer Wirtschaftsauskunft bzw. Bonitätsbeurteilung, nicht älter als 3 Monate (z. B. durch die Creditreform AG);
  - f) Eigenerklärung und – soweit nicht durch verfügbare Mittel gedeckt – Bestätigung eines Finanzierungspartners bzw. Finanzdienstleisters, dass die privat zu erbringenden Investitionen abgedeckt sind;
  - g) Nachweis einer entsprechenden Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung über eine Mindestdeckungssumme von 3 000 000 EUR bei Sachschäden und 1 000 000 EUR bei Personenschäden. Die Bestätigung der Versicherung darf nicht älter als 12 Monate sein. Eine Eigenerklärung ist nicht ausreichend;
  - h) Entsprechende Bankenerklärungen;
  - i) Eigenerklärung des Bewerbers über wirtschaftlich verbundene Unternehmen.
- Der Bewerber hat auf Grundlage der zuvor genannten Anforderungen seine Eignung zur Teilnahme am Wettbewerb nachzuweisen. Der Auftraggeber behält sich vor, fehlende Unterlagen nachzufordern. Sofern Bewerber trotz entsprechender Nachforderung die geforderten Nachweise nicht vollständig einreichen, werden diese von dem weiteren Verfahren ausgeschlossen.

### III.1.3) Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Bei Bietergemeinschaften sind die entsprechenden Nachweise von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft zu erbringen. Sofern Nachunternehmer zum Nachweis der eigenen Eignung benannt werden, sind auch für diese die entsprechenden Nachweise zu erbringen.

- a) Vorlage einer Referenzliste vergleichbarer Projekte in den letzten 3 Jahren; sofern das Unternehmen noch keine 3 Jahre besteht, entsprechende Referenzen seit Bestehen des Unternehmens; Mindestanforderung ist 1 Referenz, maximal 3 Referenzen (Für die Angabe der Referenzen ist das Formblatt „Referenzliste“ zu verwenden);
- b) Anzahl der durch den Bewerber mit Telefonie- und Internetdiensten versorgten Endkunden;
- c) Angaben zur technischen Ausstattung hinsichtlich EDV und geeigneter Softwaresysteme für die Umsetzung der Aufgabenstellung/Kompatibilität der eingesetzten Systeme und Verfahren; insbesondere müssen für die Verfahrensschritte Planung, Bau, Betrieb, Kundenverwaltung und Kundenservice jeweils Angaben zu den eingesetzten EDV-Systemen und zu den Datenschnittstellen/Formaten gemacht werden. Angabe, mit welcher GIS-Datenform die Ausführungsplanungsunterlagen dem Auftraggeber bereitgestellt werden können. Mindestanforderung ist digital, als georeferenzierte Vektordaten im „GeoJson“ Datenformat und als gedruckte Karte im Maßstab 1:25 000;
- d) Angaben zu Maßnahmen zur Qualitätssicherung und Projektmanagement zum passiven Ausbau und aktiven Betrieb; Im Einzelnen sind folgende Nachweise zu erbringen:
  1. Nachweis zum Qualitäts- und Projektmanagement durch Vorlage von Zertifizierungsnachweisen unter Angabe der zertifizierten Bereiche (z. B. EFQM-Modell oder nach EN ISO 9001).
  2. Angaben zu Reaktionszeiten für Netzmanagement und Netzbetrieb im Störfall (Service und Störungsmanagement).

3. Serviceplan mit der Struktur und Anzahl der zur Verfügung stehenden Servicetechniker.
  4. Darstellung der Organisation und der Verfahrensabläufe zum Endkundenservice (Service- und Störungsmanagement, 7/24/365).
  5. Darstellung/Beschreibung zum Projektmanagement und der Vorgehensweise zur Umsetzung der Aufgabenstellung.
- e) Nachweis der vorgesehenen Projektverantwortlichen mit entsprechender fachbezogener Berufserfahrung und persönlichen Projektreferenzen:
1. Darstellung der Anzahl der Mitarbeiter, die eine qualifizierte Ausbildung und Berufserfahrung bezogen auf die eingesetzte Technologie und Leistungserbringung (Planung, Bau, Vertrieb und Betrieb) nachweisen können. Mindestvoraussetzung: vier Mitarbeiter werden benannt.
  2. Bestätigung, dass die für den Auftrag Hauptverantwortlichen und die mit der Auftragsausführung betrauten Mitarbeiter/innen die deutsche Sprache in Wort und Schrift fließend und verständlich wiedergeben können
  3. Angaben zu Personen und deren beruflicher Qualifikation, welche die Implementierungsleistungen tatsächlich und verantwortlich erbringen (mind. Projektleiter u Stellvertreter), möglichst mit Angaben zur im Auftragsfall vorgesehenen prozentualen Verfügbarkeit
  4. Bestätigung, dass die im Rahmen der Serviceleistungen eingesetzte Service-Hotline (Technische Unterstützung, Störungen etc.) die deutsche Sprache in Wort und Schrift fließend und verständlich wiedergeben kann
  5. Beschreibung zum Netzmanagement, dem Serviceplan, der Servicestruktur und Anzahl der zur Verfügung stehenden Servicetechniker
- f) Eigenerklärung zur technischen Leistungsfähigkeit, die GIS-Nebenbestimmungen zu der Breitbandrichtlinie des Landes Schleswig-Holstein („GIS-Nebenbestimmungen“) umsetzen zu können,
- g) Eigenerklärung zur Einhaltung der Vorgaben aus der Breitbandrichtlinie und den Nebenbestimmungen zur Breitbandrichtlinie (bereitgestelltes Formular).

Der Bewerber hat auf Grundlage der zuvor genannten Anforderungen seine Eignung zur Teilnahme am Wettbewerb nachzuweisen. Der Auftraggeber behält sich vor, fehlende Unterlagen nachzufordern. Sofern Bewerber trotz entsprechender Nachforderung die geforderten Nachweise nicht vollständig einreichen, werden diese von dem weiteren Verfahren ausgeschlossen.

**III.1.5) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen**

**III.2) Bedingungen für den Auftrag**

**III.2.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand**

**III.2.2) Bedingungen für die Ausführung des Auftrags:**

Für die Gewährung der Fördermaßnahme wird der Auftraggeber entsprechende Sicherheiten verlangen. Die Regelung dieser Sicherheiten wird Gegenstand des Verhandlungsverfahrens.

In Bezug auf die Einhaltung der Vorgaben aus der Breitbandrichtlinie und den Nebenbestimmungen zur Breitbandrichtlinie ist eine Eigenerklärung bereits im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs zwingend einzureichen (bereitgestelltes Formular). Es ist ausreichend, dieses Formular einmal einzureichen.

Bei Inanspruchnahme von Subunternehmen oder Bildung von Bietergemeinschaften sind die beteiligten Unternehmen zu benennen und die entsprechenden Nachweise gem. Abschnitt III.1) beizubringen.

Bietergemeinschaften haften gesamtschuldnerisch. Zusätzlich ist bei Vorliegen von Bietergemeinschaften die „Erklärung der Bietergemeinschaft“ (bereitgestelltes Formular) einzureichen.

Beim Einsatz von Nachunternehmern sind die „Erklärungen bei Weitergabe von Leistungen an Nachunternehmer“ (bereitgestelltes Formular) einzureichen.

**III.2.3) Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal**

#### **Abschnitt IV: Verfahren**

##### **IV.1) Beschreibung**

##### **IV.1.1) Verfahrensart**

Verhandlungsverfahren

##### **IV.1.3) Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem**

##### **IV.1.4) Angaben zur Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer oder Lösungen im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs**

##### **IV.1.5) Angaben zur Verhandlung**

##### **IV.1.6) Angaben zur elektronischen Auktion**

##### **IV.1.8) Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)**

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: nein

##### **IV.2) Verwaltungsangaben**

##### **IV.2.1) Frühere Bekanntmachung zu diesem Verfahren**

##### **IV.2.2) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge**

Tag: 30/08/2017

##### **IV.2.3) Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber**

##### **IV.2.4) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:**

Deutsch

##### **IV.2.6) Bindefrist des Angebots**

##### **IV.2.7) Bedingungen für die Öffnung der Angebote**

#### **Abschnitt VI: Weitere Angaben**

##### **VI.1) Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

##### **VI.2) Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen**

##### **VI.3) Zusätzliche Angaben:**

Die Teilnahmeanträge sind schriftlich in zweifacher Ausfertigung sowie zusätzlich auf einem digitalen Datenträger in einem festverschlossenen Umschlag mit der Aufschrift „Nicht öffnen – Teilnahmeantrag - Breitbandversorgung Gemeinde Langeneß 2017/112-LC-LO“ an die unter Ziffer I.3 genannte Kontaktstelle zu versenden. Die Ausschreibungsunterlagen sind unter dem Link: <https://langeness.de/gemeinde/verwaltung/ausschreibung-breitband> abrufbar. Die dort abrufbaren Formblätter für den Teilnahmeantrag:

— zur Tariftreue,

— zur Auftragsperre,

— die Erklärung der Bietergemeinschaft (nur wenn es in Betracht kommt),

— die Erklärungen bei Weitervergabe von Leistungen an Nachunternehmer (nur wenn es in Betracht kommt),

— die Erklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123,124 GWB,

— die Erklärung zur Einhaltung der Vorgaben aus der Breitbandrichtlinie und den Nebenbestimmungen zur Breitbandrichtlinie (nur einmal auszufüllen),

— die Eigenerklärung über die Richtigkeit eigener Angaben und

— die Referenzliste

sind zwingend auszufüllen und zu unterschreiben. Der Auftraggeber ist berechtigt, nicht geeignete Bewerber von dem Verfahren auszuschließen.

Mit diesem Teilnahmewettbewerb wird der Auftraggeber nicht zur Leistung einer Beihilfe oder zum Abschluss eines Vertrags mit dem Bewerber verpflichtet.

Eine Erstattung der Kosten, die den Teilnehmern durch die Bearbeitung entstehen, ist ausgeschlossen.

**VI.4) Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

**VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**

Vergabekammer Schleswig-Holstein beim Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie  
Düsternbrooker Weg 104

Kiel

24105

Deutschland

Telefon: +49 431-988-4640

E-Mail: [vergabekammer@wimi.landsh.de](mailto:vergabekammer@wimi.landsh.de)

Fax: +49 431-988-4702

Internet-Adresse: <http://www.schleswig-holstein.de/DE/Themen/V/vergabekammer.html>

**VI.4.2) Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren**

**VI.4.3) Einlegung von Rechtsbehelfen**

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

§ 160 GWB

(1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein.

(2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht.

(3) Der Antrag ist unzulässig, soweit:

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 GWB bleibt unberührt,

2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2 GWB. § 134 Absatz 1 Satz 2 GWB bleibt unberührt.

§ 161 GWB

(1) Der Antrag ist schriftlich bei der Vergabekammer einzureichen und unverzüglich zu begründen. Er soll ein bestimmtes Begehren enthalten. Ein Antragsteller ohne Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt, Sitz oder Geschäftsleitung im Geltungsbereich dieses Gesetzes hat einen Empfangsbevollmächtigten im Geltungsbereich dieses Gesetzes zu benennen.

(2) Die Begründung muss die Bezeichnung des Antragsgegners, eine Beschreibung der behaupteten Rechtsverletzung mit Sachverhaltsdarstellung und die Bezeichnung der verfügbaren Beweismittel enthalten sowie darlegen, dass die Rüge gegenüber dem Auftraggeber erfolgt ist; sie soll, soweit bekannt, die sonstigen Beteiligten benennen.



VI.4.4) **Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt**

Vergabekammer Schleswig-Holstein beim Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie  
Düsternbrooker Weg 104

Kiel

24105

Deutschland

Telefon: +49 431-988-4640

E-Mail: [vergabekammer@wimi.landsh.de](mailto:vergabekammer@wimi.landsh.de)

Fax: +49 431-988-4702

Internet-Adresse: <http://www.schleswig-holstein.de/DE/Themen/V/vergabekammer.html>

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

28/07/2017